

Chemie- und Raffineriepakt Ostdeutschland

„Zukunft der ostdeutschen Chemie- und Pharmabranche und der Raffineriewirtschaft sichern“

Die Chemie- und Pharmaindustrie mit 63.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über 30 Milliarden EUR sowie die Raffineriewirtschaft mit etwa 1.900 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über 15 Milliarden EUR sind seit Jahrzehnten ein tragender Pfeiler für Wertschöpfung, Wohlstand, soziale Stabilität und demokratische Resilienz in Ostdeutschland. Doch die aktuelle Lage der Branche ist alarmierend. Produktion und Umsätze gehen seit 2022 kontinuierlich zurück, die Kapazitätsauslastung der Anlagen liegt weit unter der Rentabilitätsschwelle. Strukturelle Faktoren und externe Einflüsse gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen massiv, zehntausende, gut bezahlte Industriearbeitsplätze in Ostdeutschland sind in Gefahr. Anlagenschließungen und Beschäftigtenabbau sind bereits konkret. Wir stehen jetzt an einem kritischen Punkt, der das schnelle, entschlossene und gemeinsame Handeln von Politik, Unternehmen und Gewerkschaften erfordert.

Der nach 1990 gestartete Aufbau Ost hat gezeigt, dass erfolgreiche Wirtschafts- und Standortpolitik möglich ist, wenn politischer Wille, gesellschaftlicher Konsens, klare Prioritäten und schlanke Verfahren zusammenkommen. Diese Kombination brauchen wir in der aktuellen Krise, um die Ergebnisse der 35-jährigen Erfolgsgeschichte in Ostdeutschland zu sichern und auszubauen.

Vereinbarung

Die Unterzeichner setzen sich mit Nachdruck für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Chemie- und Pharmaindustrie sowie der Raffineriewirtschaft in Ostdeutschland ein. Wir fordern Rahmenbedingungen, die eine erfolgreiche Transformation bei Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen. Unser gemeinsames Ziel ist es, die wirtschaftliche Stabilität der Unternehmen sowie gut bezahlte Ausbildungs- und Industriearbeitsplätze zu erhalten. Darin sehen wir einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherung und den Zusammenhalt unserer Demokratie. Die Unterzeichner dieser Erklärung fordern die Bundesregierung auf, die darin aufgeführten Punkte zur Maxime ihres politischen Handelns zu machen und die entsprechenden Reformen unverzüglich umzusetzen.

1. Beschäftigung und industrielle Wertschöpfung in Ostdeutschland sichern

Politische Maßnahmen zur Standortsicherung müssen ab sofort höchste Priorität haben, um negative Dominoeffekte in Wertschöpfungsketten, die Schließung von Anlagen und die Abwanderung von Unternehmen zu verhindern. Dazu gehören verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen für die industrielle Produktion sowie die Stärkung von Tarifbindung und Sozialpartnerschaft. Andernfalls gerät das besondere Verbundsystem in akute Gefahr, dass ein Erfolgsgarant für die ostdeutsche Chemieindustrie und Raffineriewirtschaft ist. Dessen Erhalt ist zwingende Voraussetzung für die wirtschaftliche Resilienz der gesamten Branche in einem herausfordernden geostrategischen Umfeld.

2. Resilienz und Erhalt von Wertschöpfungsketten stärken

Die Chemie- und Pharmaindustrie sowie die Raffineriewirtschaft in Ostdeutschland leisten einen zentralen Beitrag zur Versorgungssicherheit, zu resilienten Lieferketten und zur strategischen Handlungsfähigkeit Deutschlands. Die Branchen zeichnen sich durch einen engen stofflichen und energetischen Verbund sowohl innerhalb der Standorte als auch zwischen verschiedenen Chemie- und Raffineriestandorten aus sowie durch eine gut ausgebaute, leistungsstarke Infrastruktur und Logistik. Ausgehend von den Raffinerien haben sich über die Jahrzehnte enge lokale und regionale Versorgungsökosysteme entwickelt - verbunden über Straße, Schiene, Wasserwege und Rohrleitungsnetze. So ist ein leistungsfähiges und hocheffizientes System der Vernetzung und Wertschöpfung entstanden.

Die wichtige Rolle beider Branchen muss politisch anerkannt werden, etwa im Rahmen des „Critical Chemical Alliance“-Prozesses der EU-Kommission und bei der "Chemieagenda 2045" der Bundesregierung. Flankierend sind die Definition und Absicherung kritischer Infrastrukturen, ein stärkerer Fokus auf Standort- und Produktsicherheit sowie Investitionen in robuste und diversifizierte Wertschöpfungsnetze notwendig.

3. Zuverlässige Energieversorgung und wettbewerbsfähige Transformationspfade gewährleisten

Die industrielle Wertschöpfung in der Chemie- und Pharmaindustrie sowie in der Raffineriewirtschaft basiert auf einer verlässlichen Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Die Streichung der Gasspeicherumlage und die Einführung eines nationalen Industriestrompreises sind ein wichtiges Signal, können allerdings nur der Anfang sein. Es braucht eine sofortige Neuausrichtung der Energiewende mit dem Fokus auf Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz. Dazu gehört der zügige Aufbau einer grundlastfähigen Kraftwerksleistung auch in Ostdeutschland. Der notwendige Ausbau der Erneuerbaren Energien muss in enger Abstimmung mit dem Ausbautempo von Stromnetzen und Speichern erfolgen. Der Wasserstoffhochlauf muss jetzt kommen und in der Umsetzung für den Hochlauf pragmatisch und technologieoffen ausgestaltet sein.

Ebenso braucht es ein politisches Bekenntnis zur langfristig großen Bedeutung der Raffinerien und Infrastrukturen, damit die Kohlenwasserstoffwirtschaft ihre wichtige Rolle auch 2026 und darüber hinaus behalten und weiterentwickeln kann. Raffinerien stellen durch die technisch bedingte Kuppelproduktion eine breite Produktpalette her, die neben chemischen Grundstoffen auch Kraft- und Brennstoffe sowie weitere Produkte umfasst. Für den Erhalt und die umfassende Transformation der Standorte bedarf es einer umfassenden Strategie für die Zukunftsfähigkeit der Raffinerien und der Chemieproduktion, die langfristige, wirtschaftliche Perspektiven in einer breiten Vielfalt an Absatzmärkten für Raffinerieprodukte ermöglicht.

4. Klimapolitik und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam denken

Die ostdeutsche Chemie- und Pharmaindustrie und die Raffineriewirtschaft bekennen sich zu den Klimazielen. Auf dem Weg dorthin brauchen wir Pragmatismus und ökonomische

Vernunft. Dazu benötigen wir realistische Zeitpläne, Technologieoffenheit und die Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen durch internationale Ungleichgewichte. Dem Klimawandel kann nur durch globale Lösungen begegnet werden. Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene für eine stärkere internationale Kooperation und Abstimmung mit anderen großen Emittenten und Volkswirtschaften wie den USA, China und Indien einsetzen.

Da die Transformationsvoraussetzungen für die Unternehmen aktuell nicht gegeben sind, muss das Europäische Emissionshandelssystem (ETS) schnellstmöglich reformiert werden. Dazu gehören die Verlängerung der kostenfreien Zertifikatezuteilung auf dem jetzigen Niveau, das Aussetzen des Lösungsmechanismus der Marktstabilitätsreserve sowie keine Ausweitung des CO₂-Grenzausgleichssystem CBAM auf weitere Produkte und Wertschöpfungsketten, da dieser in der aktuellen Form nicht geeignet ist, die Verlagerung von Treibhausgasemissionen in Nicht-EU-Länder ("Carbon Leakage") zu verhindern.

5. Effiziente Planungs- und Genehmigungsverfahren und systematischer Bürokratieabbau

In der aktuellen Umbruchphase sind in kurzer Zeit massive Veränderungen erforderlich. Dies erfordert mehr Geschwindigkeit auf allen Ebenen. Erforderlich sind digitalisierte und beschleunigte Genehmigungsprozesse und ein systematischer Abbau der regulatorischen Belastungen für Unternehmen. Erforderlich ist auch die konsequente 1:1-Umsetzung von EU-Vorgaben sowie ein „Once-only“-Prinzip bei Berichtspflichten. Die Bundesregierung muss sich in den europäischen Gesetzgebungsprozessen dafür einsetzen, im Rahmen des Umwelt-Omnibus bestehende Regelungen auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und sie einfacher, verständlicher und rechtssicher auszugestalten. Das betrifft insbesondere die REACH-Reform, die Neufassung der EU-Richtlinie über Industrieemissionen (IED), die EU-Kommunalabwasser-Richtlinie (KARL) und die Ökodesign-Verordnung (ESPR).



Michael Richter

Minister für Wirtschaft, Tourismus,
Landwirtschaft und Forsten
des Landes Sachsen-Anhalt



Nora Schmidt-Kessler

Hauptgeschäftsführerin
Arbeitgeberverband Nordostchemie e.V.
Verband der Chemischen Industrie e.V.,
Landesverband Nordost



Stephanie Albrecht-Suliak

Landesbezirksleiterin
IGBCE Landesbezirk Nordost



Prof. Dr. Christian Küchen

Hauptgeschäftsführer
Wirtschaftsverband Fuels und Energie e.V.
en2x